

Volk will AHV nicht mit Erbschaften sanieren

BERN. Keine Chance für eine nationale Steuer auf grossen Erbschaften: 71 Prozent der Stimmentenden und alle Kantone haben die Volksinitiative abgelehnt und wollen die AHV nicht mit Erbschaften sanieren. Bürgerliche lässt dies jubeln. Die Linke kassierte erneut eine Niederlage im Bemühen, Reiche stärker zur Kasse zu bitten.

Gerade mal rund 657 800 Personen unterstützten die Initiative. 1 613 800 Stimmende oder 71 Prozent sagten Nein. Der Nein-Stimmen-Anteil ist damit grösser als bei der letzten Trendumfrage im Auftrag der SRG. Damals hatten erst 61 Prozent angegeben, die Initiative abzulehnen.

10-Millionen-Kampagne

Die Initianten rechtfertigten ihre Niederlage mit der Millionenkampagne der Gegner. Gegen diese sei nicht anzukommen gewesen, hiess es. «Was will man gegen eine 10-Millionen-Kampagne machen?», fragte die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Badran. Der Zürcher FDP-Nationalrat Ruedi Noser konterte: «Das Volk kann man nicht kaufen.»

Die 20 Prozent

Mit der Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» verlangten EVP, SP, Grüne sowie der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine einheitliche nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer von 20 Prozent. Besteuert worden wären Erbschaften und aufsummierte Schenkungen von mehr

als 2 Millionen Franken. Schenkungen bis 20 000 Franken pro Jahr und Person wären nicht gezahlt worden.

Zwei Drittel für die AHV

Ausnahmen hätte die Initiative nur für Nachlässe an Ehegatten, registrierte Partnerinnen und Partner sowie steuerbefreite Organisationen zugelassen. Zuwendungen an die eigenen Kinder dagegen wären der Steuer unterstellt worden. Die CVP schrieb in ihrer Reaktion auf das Nein, dass die Bevölkerung offenbar keine Steuer wolle, die direkte Nachkommen gleich belastete wie ferne Verwandte.

Die in den meisten Kantonen existierenden Besteuerungen von Erbschaften und Schenkungen hätten die Initianten abschaffen wollen. Den Kantonen wollten sie als Kompensation ein Drittel des Ertrages der nationalen Steuer überlassen. Die übrigen zwei Drittel hätten die Initianten der AHV zukommen lassen wollen.

Von Problemen abgelenkt

Manche Gegner störten sich auch an diesem Verwendungszweck: Die Erbschaftssteuer hätte von den wahren Problemen in der AHV abgelenkt, schrieb etwa der Arbeitgeberverband.

Und economiesuisse-Direktorin Monika Rühl sagte: «Bei der Erbschaftssteuer mit all ihren Ausnahmen wäre unsicher gewesen, wie viel Geld überhaupt in die AHV geflossen wäre.» (sda)